

Schottland und der Brexit

David McAllister

Es ist und bleibt sehr bedauerlich, dass sich die Abstimmungsberechtigten am 23. Juni 2016 mit einer knappen Mehrheit von 52 Prozent für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union entschieden haben. Die Situation Schottlands ist hierbei eine besondere, da hier mit einer großen Mehrheit von 62 Prozent für „Brexit“ gestimmt wurde. Es zählt jedoch das britische Gesamtergebnis. Die Entscheidung für den Brexit respektiere ich, allerdings halte ich sie nach wie vor für einen schwerwiegenden Fehler.

Am 17. Januar 2017 hat die britische Premierministerin eine weitere Grundsatzrede zum angestrebten Austrittsprozess gehalten. Ihre Aussagen waren in dieser Form zu erwarten, nachdem es hierzu in den Wochen zuvor seitens der Londoner Regierung zahlreiche Andeutungen gab. Frau May hat in ihrer Rede inhaltliche Schwerpunkte im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Brexit und der weiteren Zusammenarbeit des Vereinigten Königreichs mit der Europäischen Union erläutert. Zumindest haben jetzt alle Beteiligten mehr Klarheit und wissen, worauf London konkret hinauswill. Es zeichnet sich ein „hard Brexit“ ab – also ein Austritt, der dazu führt, dass das Vereinigte Königreich nicht mehr Teil des Binnenmarktes und auch nicht in einer Zollunion mit uns sein wird. Die Premierministerin hat zugleich betont, dass sie weiterhin eng mit der Europäischen Union zusammenarbeiten möchte und dass ihr eine stabile und handlungsfähige EU als Partner wichtig sei.

Schottland hat nachvollziehbar mit großer Sorge auf die Pläne der britischen Regierung reagiert. First Minister Nicola Sturgeon schließt ein weiteres Unabhängigkeitsreferendum nicht aus. Entsprechende Pläne hat die schottische Regierung in einem Positionspapier erläutert, das sie im Dezember 2016 veröffentlichte. Die Regierung in Edinburgh vertritt dabei eine mehrstufige Strategie, die jeweils auf die verschiedenen Austrittsmöglichkeiten abgestimmt ist. Wie klar aus dem Ergebnis des Referendums hervorgeht, wären die Schotten am liebsten Teil der EU geblieben. Dies wurde auch als erste Strategie dargestellt. Die zweite Variante der schottischen Regierung wäre der Verbleib des Vereinigten Königreichs in

Gänze im Binnenmarkt. Diese Möglichkeit ist nach der Rede von Frau May unwahrscheinlich geworden. Die dritte von Edinburgh vorgeschlagene Option ist, zu prüfen, ob und wenn ja wie Schottland einen differenzierten Zugang zum Binnenmarkt erhalten könnte. Auf diesem Wege könnte das Vereinigte Königreich den Binnenmarkt verlassen, Schottland würde jedoch im Binnenmarkt bleiben. Diesen Vorschlag halte ich zwar politisch für nachvollziehbar, rechtlich aber schwierig umzusetzen. Denn diese Möglichkeit würde eine schottische EFTA-Mitgliedschaft voraussetzen. Bislang sind mit Norwegen, Liechtenstein, Island und der Schweiz nur souveräne Staaten Mitglieder der EFTA. So bliebe nur eine staatliche Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich als Möglichkeit, um Mitglied der EU und ebenso des Binnenmarktes zu bleiben. Dafür müsste Schottland jedoch, wie andere Länder auch, durch einen regulären Beitrittsprozess die EU-Mitgliedschaft erhalten.

Ob es dazu kommt? Das wird in Edinburgh und London entschieden. Das letzte Unabhängigkeitsreferendum vor drei Jahren war zwar eine relativ knappe Entscheidung, jedoch haben sich die Werte in Umfragen seitdem nicht wesentlich verändert. An der schottischen Unabhängigkeitsdebatte beteilige ich mich grundsätzlich nicht. Das ist eine innerbritische bzw. innerschottische Angelegenheit.

Für die Europäische Union gilt nun – allerdings erst nachdem London offiziell sein Austrittsgesuch nach Artikel 50 EU-Vertrag übermittelt hat –, mit den Verhandlungen über den Brexit zu beginnen. Die EU ist dafür gut aufgestellt. Unser gemeinsames Ziel muss ein geordneter Austritt des Vereinigten Königreichs unter Gewährleistung des Zusammenhalts der EU-27 sein. Wir wollen ein bestmögliches Abkommen für die Bürger und für die Wirtschaft erreichen, das auf einem ausgewogenen Verhältnis von Rechten und Pflichten beruht. 🌐

David McAllister

geb. 1971, Rechtsanwalt, CDU, 2010–2013 Ministerpräsident von Niedersachsen, seit 2014 Abgeordneter des Europäischen Parlaments (EP), seit 2015 Vizepräsident der Europäischen Volkspartei, seit Januar 2017 Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des EP

david.mcallister@europarl.europa.eu

